



Liebe Saatgut-Engagierte und -Interessierte,

das Jahr geht zu Ende, der Kampf und die Arbeit für die Erhaltung der Sortenvielfalt, für die Freiheit des Saatguttauschs und für die Durchsetzung der bäuerlichen Rechte auf Saatgut gehen weiter.

Der Inhalt dieses Newsletters:

- 1.) Saatgut-Tauschbörsen und -Festivals 2022
- 2.) Petitionen gegen die Pflanzenpass-Pflicht für Sortenerhalter*innen
- 3.) Aktionswoche zu UPOV
- 4.) Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung

1. Saatgut-Tauschbörsen und -Festivals 2022

Viele hoffen, dass im nächsten Jahr endlich wieder Saatgut-Tauschbörsen und -Festivals stattfinden können. Eine Bitte an alle Organisator*innen: **Schickt doch gerne eure Termine an info@saatgutkampagne.org**, damit wir die Seite http://www.saatgutkampagne.org/diverse_boersen.html wieder wie gewohnt bestücken können.

Eine zweite Bitte: **Überlegt, welchen rechtlich-politischen Themen ihr einen Platz im Programm der Festivals und Tauschbörsen einräumt.**

Im kommenden Jahr 2022 werden sehr wahrscheinlich vier rechtlich-politische Themen auf EU-Ebene wichtig sein:

- a) das Saatgut-Vermarktungsrecht soll novelliert werden;
- b) beim Gentechnik-Recht wird diskutiert werden, ob die neuen gentechnischen Methoden als Gentechnik klassifiziert werden;
- c) wird endlich die Patentierung von Pflanzenmerkmalen eingeschränkt?
- d) Wie geht es weiter mit der EU-Pflanzengesundheitsverordnung: Werden Sortenerhalter*innen endlich von der Pflanzenpasspflicht befreit?

Zu diesen Themen schaut gerne noch mal in den letzten Newsletter vom Mai 2021, zu finden auf <http://www.saatgutkampagne.org/newsletter.html> !

Außerdem wird der Konflikt zwischen der Durchsetzung der Rechte der bäuerlichen und ländlichen Bevölkerung nach UNDROP (einschließlich des Rechts auf Saatgut, Artikel 19 in UNDROP) und der geistigen Eigentumsrechte der Konzerne an neugezüchteten Sorten weitergehen. Diese Eigentumsrechte wurden in vielen Staaten verbindlich gemacht durch die Annahme des UPOV-Vertragswerks von 1978 und vor allem des UPOV-Vertragswerks von 1991. Dazu unten mehr.

2. Petitionen gegen die Pflanzenpass-Pflicht für Sortenerhalter*innen laufen weiter

Derzeit laufen zur Pflanzenpass-Frage zwei Unterschriftensammlungen. Die erste wurde gestartet von „Archemitzukunft & ‚unverblümt‘“ und der Kampagne für Saatgut-Souveränität, sie ist überschrieben mit „Freier Saatguttausch für Erhalter*innen der Vielfalt“ und wird u.a. unterstützt von Dreschflügel e.V. und Dreschflügel GbR sowie mehr als 2.000 Personen. Mehr dazu hier: <https://www.archemitzukunft.net/#petition>

Unterzeichnung hier: www.openpetition.eu!/saatguttausch2021

Die zweite Petition hat der Dachverband Kulturpflanzen- und Nutziervielfalt gestartet, sie ist überschrieben mit „Meldepflicht für Saatgut-Engagierte könnte der Sortenvielfalt beträchtlich schaden“ und hat mittlerweile gut 7.000 Unterzeichner*innen.

Unterzeichnung hier www.openpetition.eu!/xffnj

3. Aktionswoche zu UPOV

Aktuelles dazu siehe https://twitter.com/search?q=%23upov&src=typed_query

Der „Internationale Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen“ (UPOV) wurde 1961 gegründet und besteht jetzt 60 Jahre, die letzte der drei Revisionen des UPOV-Vertragswerk ist 30 Jahre alt. Nach dem Ende der Blockkonfrontation und dem Sieg des Neoliberalismus wurden die Rechte der Zuchtunternehmen, also meist der internationalen Saatgutkonzerne auf neu gezüchtete Sorten gestärkt und bäuerliche Saatgut-Rechte geschwächt.

Eine Reihe von Organisationen ruft daher zu einer Aktions- und Informationswoche über UPOV auf, die gerade läuft. Die NGO „Grain“ klärt auf der Seite <https://grain.org/e/6768> über die Bedeutung bilateraler Handelsabkommen für die Durchsetzung der UPOV-Implementierung in Staaten z.B. Lateinamerikas, Afrikas und Südasiens auf.

In deutscher Übersetzung: „Anfang der 1990er Jahre haben die Saatgutkonzerne über die Welthandelsorganisation (WTO) erfolgreich auf die Regierungen eingewirkt, die Souveränität über ihr Saatgut aufzugeben und sich dem System der geistigen Eigentumsrechte an Pflanzensorten zu unterwerfen. Dieser Prozess führte zur Stärkung der UPOV, einer bis dahin wenig bekannten gemeinsamen Regelung, die von einer kleinen Gruppe europäischer Länder geschaffen wurde, um das Saatgut im Interesse der Pflanzenzüchter zu schützen. Die Bestrebungen, der UPOV beizutreten oder zumindest ihre Regeln, die als UPOV 91 bekannt sind, zu befolgen, finden heute unter der Schirmherrschaft verschiedener Handelsverhandlungen statt, die außerhalb der WTO geführt werden.

Freihandelsabkommen (FTAs) sind zum bevorzugten Mittel der Industrieländer geworden, um in Zusammenarbeit mit Unternehmenslobbys die Regierungen des globalen Südens zur Annahme neuer Regeln zu drängen, die die Landwirte daran hindern, aus ihrer Ernte Saatgut aufzubewahren, zu tauschen und weiter zu züchten. Alltägliche Praktiken, die die Landwirte und die Landwirtschaft über Generationen hinweg erhalten haben, werden nun in vielen Teilen der Welt kriminalisiert. Eine neue Karte, die auf dem GRAIN-Datensatz über die in den letzten 20 Jahren unterzeichneten Freihandelsabkommen basiert, kann veranschaulichen, welche Länder Freihandelsabkommen nutzen, um die Kontrolle der Unternehmen über das Saatgut voranzutreiben, und welche Länder durch diese Handelsabkommen angegriffen werden.“

4. Der Koalitionsvertrag der neuen dt. Bundesregierung

Im Koalitionsvertrag steht zwar im Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung“ unter „Landbau“: „Das Artensterben, der Verlust der Biodiversität ist eine weitere ökologische Krise.“ (Seite 44) Doch beschränken sich Gegenmaßnahmen vorwiegend auf Maßnahmen zum Pestizideinsatz. Zur Pflanzenzüchtung und Sortenerhaltung findet sich nur der schmale Satz „Die Züchtung von klimarobusten Pflanzensorten wollen wir unterstützen. Dazu verbessern wir die Rahmenbedingungen auch für Populationssorten, fördern Modellprojekte wie Crowd-Breeding, Digitalisierung, stellen Transparenz über Züchtungsmethoden her und stärken die Risiko- und Nachweisforschung.“ (S. 47)

Was dort nicht steht: „Wir setzen uns für eine Regulierung der neuen gentechnischen Methoden gemäß dem EuGH-Urteil vom 25. Juli 2018 ein.“ Der Vertrag kennt das Stichwort „Gentechnik“ nicht einmal. Die FDP ist in der Vergangenheit als eine sehr gentechnik-freundliche Partei aufgefallen, zudem besetzt sie jetzt das Ministerium für Bildung und Forschung. Angesichts der Aussparung des Themas im Koalitionsvertrag wird in den kommenden Jahren Überzeugungsarbeit nötig sein, damit nicht das Vorsorgeprinzip einem angeblichen „Fortschritt“ geopfert wird.

Für heute grüßt
Eure

Kampagne für Saatgut-Souveränität